

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-6125/2010
an die Kommission**

Artikel 117 der Geschäftsordnung

Véronique Mathieu (PPE), Luis Manuel Capoulas Santos (S&D), Ioan Enciu (S&D), Markus Pieper (PPE) und Béla Glattfelder (PPE)

Betrifft: Berichtigung der Antwort von Kommissar Dalli zum Thema Tierschutz

In Beantwortung der Schriftlichen Anfrage E-2915/2010 von Marek Henryk Migalski zum Tierschmuggel innerhalb der Gemeinschaft antwortete Kommissar Dalli, dass das Europäische Parlament in dem Bericht über die Bewertung und Beurteilung des Aktionsplans für Tierschutz 2006-2010 deutlich seinen Wunsch zum Ausdruck gebracht habe, ein für alle Tiere geltendes allgemeines Tierschutzrecht in der EU zu verabschieden.

Die unbegründete und unzutreffende Antwort der Kommission veranlasste uns nachzufragen. In Absatz 23 des nichtlegislativen Initiativberichts von Marit Paulson äußert das Parlament die Auffassung, dass Artikel 13 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sich auf alle Nutztiere und in Gefangenschaft gehaltenen Tiere bezieht.

Mithin forderte das Parlament die Kommission nicht auf, allgemeine Rechtsvorschriften der EU zum Tierschutz auszuarbeiten, die für alle Tiere gelten sollen. Es lehnt diesen Gedanken vielmehr ab, da es der Ansicht ist, dass Artikel 13 des Vertrags nur für Nutztiere und Tiere in Gefangenschaft gilt.

Darüber hinaus wurde diese Forderung auf der Grundlage des Artikels 13 formuliert, der die Grundlage für jede Initiative zur Umsetzung der EU-Politik in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Verkehr, Binnenmarkt, Forschung, technologische Entwicklung und Raumfahrt darstellt.

Räumt die Kommission ein, dass die Antwort von Kommissar Dalli deutlich macht, dass der Initiativbericht von Marit Paulsen missverstanden wurde?